

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 58 (1964)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Verständnis für unseren Nachbarkontinent Afrika  
**Autor:** Braunschweig, Hansjörg  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-140921>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

mögen. Aber, so wirft Stringfellow dem amerikanischen Protestantismus vor, er habe die Lehre vom Heiligtum des Besitzes konserviert und pflege noch immer die Irrlehre, der erwerbende Mensch sei der ganze Mensch. Viele erblickten in der Religion eine Begleiterscheinung des Geschäftserfolgs. Andererseits ließen viele protestantische Gemeinden die im Elend lebenden Menschen in den Slumvierteln der Innenstädte im Stich. Viele Kirchen erblickten in der Errichtung stattlicher Gebäude, in der Aufrechterhaltung kirchlicher Einrichtungen und in einer geschäftstüchtigen Verwaltung ihrer Güter das Symbol einer «erfolgreichen» Gemeinde. Stringfellow gibt freilich zu, es habe im amerikanischen Protestantismus nicht an Stimmen gefehlt, die für das «social gospel» eintraten; viele Christen hätten sich für die benachteiligten Neger eingesetzt. Aber heute mache es den Anschein, als ob «der biblische Glaube das Gewissen der großen Mehrheit der weißen angelsächsischen protestantischen Bevölkerung von Amerika, Laien oder Geistliche, nicht bedroht hat».

So sei es auch gekommen, daß «eine große Gemeinde weißer angelsächsischer Protestanten» bei der Kandidatenwahl in San Franzisko nach dem «alten Amerika, das wir kannten und liebten» gefragt und das Versprechen Goldwaters gehört hätte: «Wir müssen und wir werden zu bewährten Wegen zurückkehren — nicht weil sie alt, sondern weil sie wahr sind.»

Stringfellow erinnert dann noch an allerlei Anzeichen, daß zwischen Goldwater und «politischen und religiösen Extremisten» Verbindungen bestehen. Es wird gegen den republikanischen Kandidaten der Vorwurf erhoben, er suche durch Ausbeutung der Rassenvorurteile seine Sache zu fördern. Wenn, wie schon erwähnt, Goldwater auch bescheinigt wird, daß er nicht ein Machthaber im totalitären Stil sein wolle, so äußert doch Stringfellow die Befürchtung, daß seine Wahl die Vereinigten Staaten später zur Beute derartiger Mächte machen könnte.

E. P. D.

## Verständnis für unseren Nachbarkontinent Afrika

Wenn heute im privaten Gespräch oder in der Propaganda wirtschaftlich interessierter Kreise Bedenken gegen Fortführung und Intensivierung der schweizerischen Entwicklungshilfe geäußert werden, so rühren sie in manchen Fällen von Sorgen um die politische Entwicklung afrikanischer Staaten oder von Vorwürfen gegen ihre Staatsmänner und gewisse ihrer ergriffenen Maßnahmen her. Die Gefahr ist groß, sich ein einseitiges Bild zu machen und daraus ein Urteil abzuleiten, das unobjektiv, voreingenommen ist und im Widerspruch zu geschichtlichen Erkenntnissen steht. Unter dem Leitgedanken:

### *Wir möchten verstehen lernen*

übernahm es der Delegierte für technische Zusammenarbeit, Botschafter Dr. A. Lindt, vor kurzem als Schweizer in eigener Verantwortung, ruhig und leidenschaftslos dem schlagartigen Heraustreten Afrikas als politische Realität gerecht zu werden. Mit dem Ende des Sklavenhandels und der Kolonialherrschaft ist die Epoche der weißen Vorherrschaft und der Rassentheorien endgültig abgeschlossen. Warum besteht gerade bei uns in der Schweiz die Tendenz, sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen und das weite afrikanische Feld andern Mächten und Interessen zu überlassen, während es den ehemaligen Kolonialländern gelingt, dieser Gefahr der Resignation zu entgehen, ihre Verantwortung in einer neuen Zeit wahrzunehmen und den Weg der Zusammenarbeit, der Anerkennung und der Gleichstellung zu beschreiten? Mit Mäßigung, Weisheit und Geduld können die großen psychologischen Hindernisse überwunden werden. Die Geschichte lehrt uns, daß eine Gruppe, Schicht oder Klasse immer dann sich eine Rassentheorie zu eigen macht, wenn sie ihr unmenschliches Handeln rechtfertigen oder davon ablenken muß.

Die europäische Überlegenheit gegenüber Afrika hat seine angebliche Geschichtslosigkeit zur Hauptursache. Jede Geschichte hat die Tendenz zur egozentrischen Betrachtungsweise. Man verkennt dabei, daß auch Afrikas Geschichte weit zurückreicht.

In Ghana beispielsweise existierten Riesenstädte, während in Ostafrika eigentliche Stadtstaaten gegründet wurden. Auf dem Boden der Gleichberechtigung schloß Portugal 1491 mit afrikanischen Herrschern Verträge über die Entsendung von Experten ab. Ob heute das Problem der portugiesischen Kolonien mit viel Mäßigung auf beiden Seiten gelöst werden kann? Ackerbau und Handel zwischen 500 und 1500 dürften annähernd das europäische Niveau erreicht haben. Ganz erstaunlich sind Einrichtungen der sozialen Rückversicherung aus jener Zeit, bei der keiner darben mußte, solange nicht alle darben. Geistesranke sind in gewissen afrikanischen Gebieten liebevoll gepflegt worden, als wir sie noch in gefängnisgleiche Anstalten einsperrten. Es gab Landsgemeinden, als in Europa die Demokratie noch gar nicht so fortgeschritten war.

Ohne die afrikanische Mitverantwortung in Abrede stellen zu wollen, muß doch sein Niedergang zu einem wesentlichen Teil auf die 4 bis 6 Millionen entführten Sklaven zurückgeführt werden. Der Kolonialismus brachte eine beinahe tödliche Einengung der einheimischen wirtschaftlichen Entwicklung. In Ghana wurde wohl das Holz exportiert, seine Verwertung im Lande selbst erfolgt aber erst seit der Gründung einer Papierindustrie im Jahre 1961. Als Beispiel für die Modernisierung der Wirtschaft und für die Mehrung des Wohlstandes darf auch Nigerien erwähnt werden: Während früher von seinem vielfältigen Bodenreichtum nur ein einziges Metall ausgebeutet wurde, kann

seine ökonomische Wachstumsrate seit der Unabhängigkeit mit derjenigen eines südeuropäischen Staates ohne weiteres verglichen werden. Belgien förderte in seinen Kolonialgebieten ausschließlich die Ausbildung bis zur Primarschulstufe, um seine Vorherrschaft halten zu können.

Es ist verständlich, daß die Entkolonialisierung für die afrikanischen Völker zu spät und für Europa zu früh kam. Die Politik der UNO und die Tätigkeit ihrer Spezialorganisationen sind auf einen Ausgleich der auseinanderstrebenden Meinungen und Kräfte angelegt und deshalb von beiden Seiten angefochten. Die zahlreichen Schwächen und Fehler, die seit der Befreiung zutage getreten sind und täglich offenbar werden, dürfen

#### *erstaunliche Entwicklungen und auch Erfolge der jungen Staaten*

nicht verdecken. Europäische Missionsarbeit fiel kaum je den nationalistischen Tendenzen zum Opfer, im Gegenteil, sie wurde gefördert und in manchem Staat in die einheimische, kirchliche oder soziale Arbeit integriert. Die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonialländern wurden wesentlich, oft schmerzhaft, umgestaltet, kaum je aber abgebrochen. Afrikas Exporte verzeichnen eine beachtliche Zunahme. Neben ungelösten internen Problemen wie im Kongo gibt es auch die Stabilität der Föderation Nigerien. Im Staate Ruanda streckt sich die Regierung tatsächlich nach der Decke, der Ministerpräsident fährt in einem VW, und die Minister leben, genau wie das Volk, in Strohhütten. Der größere Teil der ehemaligen Herren, das heißt der Tutsi, beteiligt sich loyal am Aufbau des neu geordneten Bahutustaates. Ein Tutsi ist sogar Generalstaatsanwalt und mitverantwortlich für den gegenwärtigen Prozeß gegen jene Bahutus, die im letzten Jahr das große Tutsi-Gemetzel angerichtet haben. Die kommunistische Beeinflussung fand mindestens nicht im befürchteten Rahmen statt. In Guinea und Ghana ist der russische Einfluß stark zurückgegangen, denn die Schwarzen wünschen keine neuen Befehlshaber, und vielleicht dürfte es ähnlich gerichteten chinesischen Tendenzen ebenso ergehen. Die neutralistische Außenpolitik verfolgt man oft auch dann, wenn sie weder Gewinn noch Vorteile einbringt, dafür aber Mut kostet (vergleiche mißlungene Ersetzung des UNO-Generalsekretärs durch ein Triumvirat). Bei der Beurteilung darf man nie außer acht lassen, daß manche Landesgrenze, Wirtschaftsstruktur oder Gewohnheit übernommen werden muß, obwohl sie nicht im Interesse des afrikanischen Landes liegt. Obschon Stämme oft auf verschiedene Staaten verteilt sind und die agrarischen Monokulturen nur den Interessen der Kolonialmächte dienten, kam es nur ausnahmsweise zu blutigen Auseinandersetzungen.

Beachtlich sind die ersten Ergebnisse der Organisierung des afrikanischen Kontinentes. In Addis Abeba wurde schon anläßlich der

ersten Konferenz der Union für die afrikanische Einheit der Verzicht auf zwischenstaatliche Gewaltanwendung und die Einrichtung der Schiedsgerichtsbarkeit beschlossen, die zwischen Algerien und Marokko und zwischen Äthiopien und Somalia die Feuer(ende)probe bestanden. Man vergleiche daneben die europäischen Einigungsbestrebungen dieses Jahrhunderts!

Wenn wir Schweizer auf die Optik veränderter Kolonialisten und auf das Postulat eines schweizerischen Afrikas verzichten, so warten uns eine Befruchtung der außenpolitischen Neutralität und die Möglichkeit der technischen Zusammenarbeit, die bei uns Toleranz, Weltoffenheit und berufliche Kenntnisse voraussetzt.

Mitgeteilt vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk

*Hansjörg Braunschweig*

## Jura und Mirage

Auch durch das Rauschen im deutschschweizerischen Blätterwald, die echte oder gespielte Empörung über die Ereignisse von Les Rangiers darf sich ein kritischer Beobachter nicht irreführen oder daran hindern lassen, zu sagen, wie er die Dinge sieht.

Die Jurafrage oder die Irredenta in den vier nördlichen Bezirken des Jura, das heißt der Wunsch einer Gruppe von Leuten in diesem Gebiet nach Abtrennung des französischsprachigen Jura vom Kanton Bern, besteht bekanntlich seit vielen Jahren. Den «Neuen Wegen» wurde 1958 von Herrn Béguelin, einem der Führer der jurassischen Separatistenbewegung, der Vorwurf gemacht, von Gegnern seiner Bewegung gekauft zu sein, weil wir ihn in unserem Blatt nicht auf einen Artikel von R. H. Jeanneret zum Wort kommen ließen. Die Argumente, die damals von unserem Gesinnungsfreund Jeanneret gegen den jurassischen Separatismus vorgebracht wurden, bestehen heute noch. Übrigens hat eine überwältigende Mehrheit des Berner Volkes, also auch der südlichen Bezirke des Jura, eine Initiative auf Abtrennung des Jura von Bern verworfen. Der Feldzug für die Verselbständigung des jurassischen Kantonsteils hat aber seither an Vehemenz kaum eingebüßt. Wenn man die Argumente der Separatisten Revue passieren läßt, so gibt es darunter welche, die man einfach nicht mehr anzuerkennen vermag. Der Kanton Bern «verdeutsche» den Jura oder auferlege ihm zu hohe Steuern zum Beispiel sind Gründe, die heute, nachdem die Berner Regierung auf dem Gebiet der Schule und der politischen Autonomie große Konzessionen an die Jurassier gemacht hat, keine Geltung mehr haben.

Nicht so steht es mit einem andern Argument. Trotz wiederholten und absolut unmißverständlichen Manifestationen des Jurassiervolkes